Pferdesteuer in Wolfschlugen: LBV warnt vor zusätzlicher Belastung

16.10.2026

Nach Reutlingen wird nun auch in der Gemeinde Wolfschlugen im Landkreis Esslingen über die Einführung einer Pferdesteuer diskutiert. Der LBV kritisiert den Vorstoß scharf.

Nach Reutlingen wird nun auch in der Gemeinde Wolfschlugen im Landkreis Esslingen über die Einführung einer Pferdesteuer diskutiert. Das Thema steht auf der Tagesordnung der Gemeinderatssitzung am 19. Oktober 2026. Die örtlichen Pferdehalterinnen und Pferdehalter haben bereits eine **Petition »** gegen die geplante Abgabe gestartet und befürchten negative Auswirkungen auf die ansässigen Pferdebetriebe.

Unterdessen zeigt die aktuelle Entwicklung in Reutlingen, dass eine Pferdesteuer auch aus Sicht der Kommunalverwaltung kritisch zu bewerten ist. Die dortige Stadtverwaltung empfiehlt inzwischen, vorerst von einer Einführung abzusehen. Als Gründe nennt sie unter anderem den hohen Verwaltungsaufwand und das ungünstige Verhältnis zwischen den erwarteten Steuereinnahmen und den zusätzlichen Personalkosten.

Der Landesbauernverband spricht sich entschieden gegen die Einführung einer Pferdesteuer aus. **Heiner Eppinger, Vorsitzender der LBV-Fachgruppe Pferde haltende landwirtschaftliche Betriebe, appelliert an die Verantwortlichen in Wolfschlugen, die Erkenntnisse aus Reutlingen zu berücksichtigen und von einer Pferdesteuer abzusehen:**

„Dass nun auch in Wolfschlugen über die Einführung einer Pferdesteuer diskutiert wird, sehen wir mit großer Sorge. Bereits beim Vorstoß in Reutlingen haben wir deutlich gemacht, welche weitreichenden Folgen eine solche Steuer für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum haben kann. Für viele landwirtschaftliche Betriebe ist die Pensionspferdehaltung ein unverzichtbares wirtschaftliches Standbein. Gleichzeitig trägt die Pferdehaltung wesentlich zur Bewirtschaftung von Dauergrünland, zum Erhalt unserer Kulturlandschaft und zur regionalen Wertschöpfung bei.

Die aktuelle Entwicklung in Reutlingen zeigt nun, dass eine Pferdesteuer auch aus kommunaler Sicht kritisch zu hinterfragen ist. Die dortige Stadtverwaltung kommt zu dem Ergebnis, dass die möglichen Steuereinnahmen in einem deutlich schlechteren Verhältnis zum Verwaltungsaufwand stehen als bei anderen kommunalen Steuern. Für die Einführung und Erhebung wären zusätzliche Personalkapazitäten erforderlich. In Zeiten, in denen überall von Bürokratieabbau, Verwaltungsvereinfachung und Personaleinsparungen gesprochen wird, ist das ein völlig falscher Weg.

Wir appellieren daher eindringlich an die Verantwortlichen in Wolfschlugen, aus den Erkenntnissen in Reutlingen die richtigen Schlüsse zu ziehen und von der Einführung einer Pferdesteuer abzusehen. Eine solche Steuer belastet landwirtschaftliche Betriebe, gefährdet regionale Wertschöpfung und schafft gleichzeitig neue Bürokratie, deren Nutzen mehr als fraglich ist. Dabei sollten wir nicht vergessen: Die Pferdehaltung sichert landwirtschaftliche Existenzen, schafft Arbeitsplätze und regionale Wertschöpfung und leistet einen wichtigen Beitrag zum Erhalt unserer Kulturlandschaft. Diese Leistungen gilt es zu stärken, statt sie durch zusätzliche Steuern zu gefährden.“

Zum Fall der Pferdesteuer in Reutlingen »